



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Belastung bei der Landespolizei erkennen und reduzieren“ (Drucksache 20/2489)

### **Gezielte Entlastung der Landespolizei**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erkennt die andauernd hohe Belastung der Landespolizei Schleswig-Holstein an und bedankt sich bei allen Polizistinnen und Polizisten für ihren tagtäglichen Einsatz für unseren Rechtsstaat. In den vergangenen Jahren sind vielfältige neue Herausforderungen und Aufgaben durch eine verstärkte Digitalisierung, gesellschaftliche Entwicklungen und Konflikte hinzugekommen. Diesen zusätzlichen Belastungen sind die Landesregierung und der Landtag in den vergangenen Jahren mit stets zusätzlichen Stellen, auch von Tarifstellen, in erheblichem Umfang für die Landespolizei und einem Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements – unter anderem des Landespsychologischen Dienstes – begegnet. Auch im Jahr 2025 setzen sich trotz angespannter Haushaltsslage der Stellenaufbau und zusätzliche Investitionen in die Landespolizei fort. Es braucht allerdings eine ständige, lösungsorientierte Reflexion der weiterwachsenden Aufgaben, der veränderten Arbeitsbedingungen und bewährter Arbeitsprozesse. Neue Zusatzbelastungen für die Landespolizei dürfen damit indes nicht einhergehen.

Die Digitalisierung und Automatisierung von Arbeitsprozessen kann nicht nur neue Erkenntnisse und Ermittlungsansätze mit sich bringen, sondern auch zu einer Entlastung der Polizei beitragen. Klar ist, dass digitale und selbstlernende Anwendungen ein Hilfsmittel sein können, die Letztentscheidungskompetenz aber bei den Beamtinnen und Beamten verbleibt. In den kommenden Jahren setzen wir unter anderem auf

- eine stärkere Automatisierung sowie den Einsatz von Assistenzsystemen für eine Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben und Verschlinkung interner Prozesse,
- eine automatisierte Datenanalyse zur intelligenten Bewältigung großer Datenmengen in der Verwaltungs-, aber auch in der Ermittlungsarbeit,
- eine weitere Stärkung des betrieblichen Gesundheitsmanagements und die Einführung der Telematik für eine noch gezieltere betriebliche Gesundheitsfürsorge,
- die Entwicklung technischer Übersetzungsmöglichkeiten mittels Künstlicher Intelligenz, insbesondere bezüglich seltener Sprachen oder besonderer Dialekte, und die Einführung von Speech-to-text- Anwendungen,
- eine zentralisierte Bearbeitung von Online-Anzeigen,
- eine Lernmanagementsoftware für die Digitalisierung der Einsatztrainingsplanung und – Durchführung, sowie auch darüber hinausgehend den beschleunigten Ausbau digitaler, skalierbarer Lernangebote,
- die Erleichterung des Datenaustauschs zwischen Behörden, insbesondere die Digitalisierung und Automatisierung von Daten- und Vorgangsübermittlung zu anderen Behörden, sowie eine Ausstattung mit mobilen Endgeräten (UmoPol) und mobilen Datenzugängen,
- die Anschaffung weiterer und Optimierung vorhandener Hardware zur Erleichterung wiederkehrender Standardtätigkeiten.

**Birte Glißmann  
und Fraktion**

**Jan Kürschner  
und Fraktion**